

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatlich
2,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.
einzelne Auslieferungsgelder, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich, Zeitungsvorzeichen unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Ecole-Zeitung ge-
gründet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1133, der Bezugsp.-Abt. Nr. 1133.

Zeitung

Anzeigenspreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Miß-
maßeinheit oder deren Raum 60 Pf.,
Fünftiere aber und reichhaltiger. Der Raum
die 92 mm breite Mißmaßeinheit
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle, a. Familien-
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort
Halle. Erstemmal täglich 2 mal,
Sonntags um Mittag 1 mal.
Erscheinung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 1a, Dr. Braunhauß, 17.
Liebern - Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 241.

Halle, Freitag den 27. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Briands Wandel.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Interessant fast noch als die Rede des französischen
Ministerpräsidenten ist ihr Echo in der französischen Presse.
Selbst Blätter wie der „Figaro“, die sonst sehr erheblich auf
den billigen Beifall des Boulevardspaltens, können nicht
umhin, die Rede zu loben. Will man bei uns den richtigen
Maßstab gewinnen, so muß man sich vor allen Über-
schätzungen hüten. Es kann keinem Zweifel unterliegen,
daß Briand erkannt hat, daß Frankreichs Interesse nicht
dort liegt, wo man immer nach neuen militärischen Spät-
zeren ruft. Sein Parlament ist dieser Stimmung außer-
ordentlich geneigt und zugänglich, aber wenn in überlegen-
den Führer den Mut aufbringt, die Schädlichkeit einer solchen
Politik nachzuweisen, so vermag er sich selbst beim nationalen
Blod durchzusetzen. Briand hat erkannt, daß die Politik der
gepanzerten Faust Frankreich in eine Isolierung hinein-
drängt, die im Augenblick billige nationalistische Erfolge er-
möglich, auf die Dauer aber Frankreich den schlimmsten
Schaden zufügt. Darum lenkte er ein, um vor allem die
Führung mit seinen Alliierten nicht zu verlieren.

Die deutsche Politik der letzten Wochen hat ihm allein
ein Einlenken ermöglicht. Wenn es auch heute noch bei uns
Kreise gibt, die der kindlichen Hoffnung leben, daß eine ex-
plizite Entladung der natürlichen Entspannung vorzuziehen
gewesen wäre, so kann man mit ihnen keine ernstliche poli-
tische Aussprache pflegen. Es kann keinem Zweifel unter-
liegen, daß die gegenwärtige Reichsregierung einen außen-
politischen Erfolg von tiefster Wirkung erzielt hat. Man
mole sich jetzt einmal die Wirkungen einer Ablehnung im
Sinne des Herrn Bergt aus. Im Einverständnis mit allen
Alliierten wäre auf unabsehbare Zeit das Ruhrrevier be-
setzt worden. Polen hätte von ganz Oberhessen Besitz er-
griffen. Der neuentstandene französische Nationalismus hätte
sich in seinen Forderungen nicht überboten. Anstatt daß
unser Gesetzgebung die Aufbringung der Lasten nach den
uns zweckmäßig erscheinenden Methoden vorzuziehen, würde
der französische Sieg, was ihm beliebt. Die deutsche
Wirtschaft, von der Ausfuhr abgeschnürt und an der Einfuhr
gehindert, würde ohne Kohlen in Kürze vor einer rasenden
Teuerung bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit stehen.
Wir wären um nichts billiger, aber um vieles schrecklicher
weggenommen. Chaos und Reichsverfall würden uns
drohen. Anders jetzt. Herr Briand konnte den Führern
des nationalen Blodes, die noch in einer besonderen Depu-
tation zu ihm gekommen waren, erklären, daß er das Ruhr-
revier wegen Oberhessen nicht besetzen könne, ohne die
Verbindung mit England zu verlieren. Durch die ener-
gischen Maßnahmen gegen die Freikorps hatte man Briand
auch den letzten Vorwand genommen. Gewiß, die Rede
Briands bedeutet in ihrem gemäßigten Tone zunächst noch
nicht viel. Sie enthält Zweideutigkeiten und Irrtümer, die
unser Diplomate zu erneuter Aufmerksamkeit nötigen.
Der französische Ministerpräsident fortsetzte wieder den
Irrtum, daß sich der oberhessische Grabenbesitz in der
Mehrsheit seiner Bevölkerung für Polen ausgesprochen habe.
Man kann demgegenüber nicht scharf genug hervorheben,
daß Oberhessen und auch der Industriebezirk eine sichere
deutsche Wehrzeit aufweisen. Es kann für Deutschland und
insbesondere für die Regierung Wirth kein Kompromiß
geben, wo es sich um eine Frage des Rechts handelt.

Herr Briand hat der Regierung Wirth nachgehakt, sie
habe sich jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und
Loyalität gegeben. Sie habe ohne Hinterhältigkeit und
Verzug das nötige getan. Der französische Ministerprä-
sident mußte diese Tatsachen aussprechen, wenn er den nationa-
listischen Rärnbeln entgegenreten wollte. Bis hier haben
auch die rechtsbesten Kreise in Deutschland vorgegeben,
eine Politik der Offenheit und Ehrlichkeit zu billigen. Nun
sie so getrieben wird, daß auch der Gegner ihr die Aner-
kennung nicht verlagern kann, kommen die heulenden Demag-
ogien aus dem deutschnationalen Lager und erklären das
Vob aus Feindbesand für die größte Schande und schlimmste
Demütigung. Ja die völksparteiliche „Täglige Rundschau“
gellert sich ihnen zu und ruft verheerend aus: Dieser geht es
nicht! Sie will wohl mit diesem Sage ihre eigene Demag-
ogie kennzeichnen. Der völksparteiliche Führer Dr. Strese-
mann hat vor einigen Tagen in Freiburg erklärt, die
Entente hätte den größten Wert auf die Mitwirkung der
Deutschen Volkspartei in der deutschen Regierung gelegt.
Wenn die Theorie des Berliner völksparteilichen Blattes
richtig wäre, so müßte jetzt die Deutsche Volkspartei vor
Scham in die Erde sinken. Aber im Ernst gesprochen: Die
deutschen Nationalisten, die sich der verantwortlichen Mit-
wirkung an der neuen Regierung selb oder leidenschaftlich ent-
ziehen, möchten jetzt nicht eingestehen, daß die Politik vom
10. Mai bisher eine über alle Erwartungen große Recht-
fertigung erfahren hat. Wir warnen, wie gesagt, vor
Überbeschätzungen hinsichtlich der Zukunft. Aber darüber
kann kein Zweifel bestehen, daß in der Gegenwart dem
Vaterlande zweifellos Schaden erspart geblieben ist. Diese
Tatsache kann die besterliche Agitation von rechts weder vor
der Welt noch vor dem deutschen Volke verhehlen. Es
wird noch unendlich schwer sein, das Steuer des Staates so

zu führen, daß das Schiff nicht doch noch strandet. Dazu be-
darf es der rüchhaltigen Hingabe aller Kräfte im Vater-
lande. Die Zerlicher der nationalistischen Agitation können
dem Kurs noch gefährlich werden. Erkennt aber das Volk
in seiner großen Mehrheit ihr wahres Wesen, dann wird
es dennoch gelingen, in absehbarer Zeit in das Meer der
Freiheit zu gelangen.

Vor der Konferenz in Boulogne.

Nach dem „Zeit Journal“ wird die Konferenz des
Obersten Rates in den ersten Junitagen in Bou-
logne stattfinden. Hauptgegenstand der Beratungen wird
die Lösung der oberhessischen Frage sein. Diplomatische
Agenten sind bereits in Boulogne eingetroffen, um die er-
forderlichen Vorbereitungen für die neue Besprechung zu
treffen, deren genaues Datum unmittelbar nach dem Schluß
der französischen Kammerdebatte festgelegt wird.

Wie das Blatt weiter berichtet, dauert der rege Mei-
nungsaustausch zwischen den Babinetten von Paris, London
und Rom über eine mögliche Lösung der oberhessischen
Frage weiter an. Graf Siora empfangen gestern in Rom
den britischen Gesandten, Ministerpräsident Briand
hatte gestern vormittag zweimal längere Besprechungen mit
dem italienischen Vorkämpfer, und in London unterhielt sich
Lord Curzon gleichfalls mit dem italienischen Vorkämpfer.
In Paris wurde man, wie das „Zeit Journal“ aus-
führt, die Einigung eines internationalen Aus-
schusses von Juristen und wirtschaftlichen
Sachverständigen sehr begrüßen. Dieser Ausschuss
hätte zur Aufgabe, die oberhessische Frage lediglich von
technischen Standpunkt zu studieren, besonders die Lei-
tung der Fiskusläufe und der elektrischen
Kraft. Auf diese Weise soll sowohl den Deutschen wie den
Polen die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeit in der
bisherigen Weise fortzuführen.

Englisch-französischer Notenwechsel.

Wie „Zeit Parisien“ meldet, hat die englische Regie-
rung gestern der französischen Regierung eine Note über
die Ereignisse in Oberhessen überreichten
lassen. In der Note wird besonders auf die Instruktionen
hingewiesen, die dem britischen Vorkämpfer in Berlin
d'Abernon gegeben worden seien. Es werde außerdem fest-
gestellt, daß der französische Vorkämpfer bereits am 13. Mai
die deutsche Regierung aufgefunden hat, die deutsche Be-
wässerung im Vorkämpfergebiet zu übermachten. Seit
der Zeit habe Lord George d'Abernon verschiedentlich
den Auftrag erteilt, auf die Transporte von Waffen und
Freiwilligen hinzuwirken, und Lord Curzon selbst habe dem
deutschen Vorkämpfer am Montagabend in gleicher Ange-
legenheit Vorkhaltungen gemacht. Das Blatt behauptet sich
darüber, daß der französische und der englische Vorkämpfer
nicht gemeinsam in Berlin vorgegangen sind, und macht den
Vorschlag, daß dies in Zukunft geschehe. Trotz der von der
deutschen Regierung unternommenen Anstrengungen sei es
verfrüht, anzunehmen, daß die deutschen Antriebe in Ober-
hessen beendet seien. Neue Zwischenfälle könnten ein-
treten und Kanonen und Flinten könnten von selbst los-
gehen.

Zu dem zwischen deutschen und chinesischen Vertretern
in Peking abgeschlossenen Abkommen zur Wiederaufnahme
der Beziehungen dieser beiden Länder erfahren wir u. a.
folgendes: Der bisher noch formell bestehende Kriegs-
zustand wird beendet und dadurch werden die besonderen
Kriegsbestimmungen aufgehoben. Der Grundlag der Gleich-
stellung und Gegenseitigkeit zwischen den Beziehungen der
beiden Staaten soll Anwendung finden. Bestimmungen sind
getroffen über die Wiederentbindung diplomatischer und
konsularischer Vertreter. Die Staatsangehörigen des einen
Teiles sollen in dem Gebiet des anderen Teiles dessen Ge-
setzen und Gerichtsbarkeit unterworfen sein. In den Be-
ziehungen über Handel und Industrie werden die Nationen
gleichgestellt. In der Frage der Fälle ist gegenseitige Meiß-
begünstigung vorgelesen. Die Liquidation des deutschen
Eigentums wird eingestellt. Hinsichtlich des Vertrags von
Verailles, dessen Unterzeichnung China definitiv abge-
lehnt hat, sind wegen der China betreffenden Bestimmungen
Vereinbarungen getroffen worden. Erwähnt ist, daß die
von Deutschen in der Provinz Schantung erworbenen Rechte
nicht an China zurückgegeben werden. Das Abkommen trägt
den Charakter eines vorläufigen Vertrags und seine Be-
stimmungen sollen als Grundlage für den später abzuschlie-
senden Freundschafts- und Handelsvertrag dienen. Es wird
nach Eingang des genaues Textes unverzüglich den ge-
gebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden.

Oberhessen.

Wie die Blätter aus Breslau melden, sind dort endlich
auf Umwegen Zeitungen und Briefe aus dem von den Polen
eingeschlossenen oberhessischen Industriegebiet eingetroffen.
Die Zeitungen berichten über eine Fülle polnischer Untaten,
die unter den Augen der französischen Besatzungsgruppen ge-
schehen. In Katowitz wurde eine alte Frau, Mutter von
zwei Kindern, von den Insurgenten auf der Straße er-
schossen. Auf der Nikolai-Strasse brachten die Insurgenten
eine Bombe zur Explosion, durch die zwei Personen getötet
und drei verwundet wurden. Im Promenaden-Restaurant
wurden zwei Personen durch eine Handgranate getötet.
Gegen das Wohnhaus des Eisenbahnpräsidenten wurde ein
Bombenanschlag verübt. Die Tätigkeit der Franzosen be-

schränkt sich darauf, Hausdurchsuchungen bei den deutschen Fa-
milien vorzunehmen.

Die Katowitzer „Oberhessische Morgenpost“ meldet,
daß im polnischen Hauptquartier in Schwidnik französische
Offiziere aber und reichhaltiger. Der Blatt nennt auch die
Namen der französischen Ratgeber Korfantus.
Wie der sozialdemokratische Katowitzer „Volkswille“
meldet, verhindern die Insurgenten die Verteilung der ein-
treffenden Lebensmittel. Wasser und Milch werde an die
Arbeiterfamilien nur gegen Vorzeigung des polnischen Ver-
bandsmitgliedsbuches abgegeben, jedoch zahlreiche Arbeiter
aus Not in den polnischen Verband eintreten mußten.

Keine Verschärfung der Zwangserfassung des Brotgetreides.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Land-
wirtschaft wird der „Dena“ geschrieben: Der dem Reichstag
vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des
Verkehrs mit Getreide gibt fort der gesamten Presse die Ge-
legenheit, sich eingehend mit ihm zu befassen. In der land-
wirtschaftlichen Presse erfährt der Entwurf vielfach eine Miss-
deutung, die vor allem zum Ausgangspunkt der Entschlie-
ßung des Gesamtvorstandes des Reichslandbundes vom
10. Mai 1921 nimmt. Nach dieser Entschließung bedeutet
der Entwurf keine Übergangsmäßigkeit zur freien Wirt-
schaft, sondern vielmehr eine sehr erhebliche Verschärfung
des Zwanges. Die in einer Höhe von 3 Millionen Tonnen
Getreide ausfuhrverbotende Umlage, welche fast das Doppelte
der in diesem Entschluß von der Reichsgetreidestelle er-
schafften Menge an Brotgetreide bedeutend würde, so heißt es
in der Entschließung, „ist eine Maßnahme, die von der Land-
wirtschaft unmöglich noch getragen werden kann, ganz zu
schweigen von der noch völligen Unklarheit der Preis-
gestaltung.“ Hier wird also die neue Umlage von 3 Mi-
llionen Tonnen in Vergleich gestellt zu der in diesem Jahre
von der Reichsgetreidestelle erschlafften Menge an Brot-
getreide. Entschluß bleibt völlig unerwähnt, daß neben der
Reichsgetreidestelle auch die selbstwirtschaftenden Kommu-
nalarbände, und zwar wesentlich mehr als diese, Brot-
getreide erziehen haben. Ein Vergleich der künftigen
Lastung der Landwirtschaft mit der jetzigen Aufbringung
kann daher nur gezogen werden, wenn die ganz diesjährig
Aufbringung in Rücksicht gezogen wird. Auch den große,
Organisationen der Landwirtschaft dürfte bekannt sein, daß
nach dem jetzigen Beitragsaufbringungssystem neben der Reichs-
getreidestelle auch die selbstwirtschaftenden Kommunal-
verbände Träger der Aufbringung sind und daß sie nicht
weniger erlassen als die Reichsgetreidestelle, zum Teil
Sauptproduktionsgebiete in sich schließen. Um so merk-
würdiger erscheint der in die Entschließung des Reichsland-
bundes angenommene irreführende Vergleich der beabsich-
tigten Umlage mit den Aufbringungen an die Reichsgetreide-
stelle, der allerdings geeignet ist, die großen Kreise der Land-
wirtschaft, die über die Ergebnisse der jetzigen Erhaltung
naturgemäß kein klares Bild haben, gegen das geplante Um-
lageverfahren einzunehmen. Jedenfalls muß gegenüber der
soll in die gesamte Presse gelangten irigen Auffassung fest-
gestellt werden, daß die diesjährige Getreideerhaltung die
Höhe von 3 Millionen Tonnen nicht unwesentlich überlegen
wird, und daß mithin auch die Folgerung, der geplante Ent-
wurf enthalte eine sehr erhebliche Verschärfung des
Zwanges, aus den Erhaltungssätzen nicht hergeleitet wer-
den kann.

Der zweite Kriegsprozess vor dem Reichsgericht.

Unmittelbar an die Verurteilung des Urteils gegen den
ersten Kriegsbeschuldigten idochlich der Prozess gegen den
Hauptmann d. L. a. D. Rechtsanwalt Emil Müller
aus Karlsruhe i. B. wegen Gefangenennemhandlung.

Nach Aufbruch der 20 englischen Zeugen sagt der An-
geklagte aus, daß er vom Anfang April bis 6. Mai 1918
Kommandant eines englischen Gefangenenslagers in Flamp
le Marcell war. Das Lager habe sich durch Sumpf und
Morast ausgezeichnet; es sind ihm täglich zahlreiche Ge-
fangene überwiegen worden, so daß schließlich der Gefan-
genenbestand auf 1500 Mann angewachsen war. Das Ge-
lände sei völlig zerstört gewesen; die Häuser eingeschossen;
nur eine Ritze stand noch, wo er seine Gefangenen unter-
bringen mußte. Auf Anordnen habe er kaum Den für die
Gefangenen beschaffen können, er habe auch nachdrücklich
für Verpflegung verlangt, aber die Verpflegung war mit großen
Schwierigkeiten verknüpft.

Nach dem Eröffnungsbescheid wird dem Angeklagten
zur Last gelegt, daß er vom April bis 6. Mai 1918 durch
mehrere selbständige Handlungen vorzüglich englische Kriegs-
gefangene getötet, gefoltert oder auf andere Weise fero-
zisch mißhandelt habe, indem er sie mit Keitpeit-
schen schlug, mit dem Weisheitstisch sein Gesicht stieß und
einen Kranten an einen Pfahl hängen ließ.

Weiter wird der Angeklagte beschuldigt, einem
Diphtheriekranken mit Gewalt den Mund auf-
gerissen und in zahlreichen Fällen Unteroffiziere und
Wannschaften angewiesen zu haben, englische Gefangene mit
dem Gewehrkolben zu schlagen. Er habe ferner gebudet,
daß die Gefangenen als Schweinehund beschimpft wurden,
Kranke seien zur Arbeit gezwungen worden. Die Gefan-
genen mußten sich in Wasser das Gesicht waschen,
in dem vorher andere Gefangene sich die
Fäße gereinigt hätten.

